

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP

und

Antwort

des Innenministeriums

Kostenerfassung im Rahmen der Vorbereitungen zur Polizeistrukturereform

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden die Kosten für Besprechungsfahrten (für Arbeitssitzungen, Jour fixe, sonstige Besprechungen), die im Zusammenhang mit der Gestaltung der geplanten Polizeistrukturereform für die Dienststellen vor Ort anfallen, gesondert erfasst?
2. Wenn ja, auf welche Höhe belaufen sich diese bisher und mit welchen Kosten wird bis zum Abschluss des Projekts allein für solche Besprechungs- und Planungsfahrten gerechnet?
3. Falls keine gesonderte Erfassung vorgenommen wird: Erhalten die Polizeidienststellen für die zu erbringenden Fahrten eine pauschale Zuweisung oder müssen sie die Kosten aus dem gleichen Budget wie Streifenfahrten und andere Kosten im Rahmen der dezentralen Budgetierung bewältigen?
4. Trifft es zu, dass es üblich ist, für polizeiliche „Sonderlagen“ dieser Art im SAP-System spezielle Kostenstellen einzurichten, in denen sich die anfallenden Kosten einem Anlass zuordnen lassen und trifft es ebenfalls zu, dass es bei dieser Projektvorbereitung bisher unterblieben ist, dafür eine Kostenstelle vorzusehen (ggf. mit Begründung)?
5. Wird die Menge an Arbeitszeit erfasst, die für die Mitarbeiter der Polizeidienststellen für derartige Besprechungen inklusive Anfahrt anfallen?

6. Falls ja: Auf wie viele Stunden summiert sich dies bisher landesweit und falls nein: Warum erfolgt keine Erfassung?

08.08.2012

Dr. Bullinger FDP/DVP

Begründung

Berichten aus den Reihen der Polizei zufolge, entstehen für die überaus zahlreichen Besprechungen im Zusammenhang mit der geplanten Polizeistrukturereform für die Dienststellen hohe Kosten. Diese werden aber weder separat erfasst, noch findet für die Dienststellen eine finanzielle Kompensation statt. Beides ist für die Dienststellen vor Ort ein unbefriedigender Zustand, dessen Grund näher ermittelt werden sollte.

Antwort

Mit Schreiben vom 31. August 2012 Nr. 3-112/47 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Werden die Kosten für Besprechungsfahrten (für Arbeitssitzungen, Jour fixe, sonstige Besprechungen), die im Zusammenhang mit der Gestaltung der geplanten Polizeistrukturereform für die Dienststellen vor Ort anfallen, gesondert erfasst?*
2. *Wenn ja, auf welche Höhe belaufen sich diese bisher und mit welchen Kosten wird bis zum Abschluss des Projekts allein für solche Besprechungs- und Planungsfahrten gerechnet?*
3. *Falls keine gesonderte Erfassung vorgenommen wird: Erhalten die Polizeidienststellen für die zu erbringenden Fahrten eine pauschale Zuweisung oder müssen sie die Kosten aus dem gleichen Budget wie Streifenfahrten und andere Kosten im Rahmen der dezentralen Budgetierung bewältigen?*
4. *Trifft es zu, dass es üblich ist, für polizeiliche „Sonderlagen“ dieser Art im SAP-System spezielle Kostenstellen einzurichten, in denen sich die anfallenden Kosten einem Anlass zuordnen lassen und trifft es ebenfalls zu, dass es bei dieser Projektvorbereitung bisher unterblieben ist, dafür eine Kostenstelle vorzusehen (ggf. mit Begründung)?*

Zu 1., 2., 3. und 4.:

Seit dem 1. Mai 2012 werden die im Zusammenhang mit dem Projekt Polizeireform entstehenden Sachkosten bei den Dienststellen statistisch erfasst. Hierfür wurden im SAP-System entsprechende statistische Innenaufträge eingerichtet. Dort werden die entstehenden Reisekosten abgebildet, die über Drive BW abzurechnen sind.

Vom 1. Mai 2012 bis Mitte August 2012 wurden landesweit ausbezahlte Reisekosten in Höhe von ca. 10.000 € erfasst.

Eine pauschale Budgetzuweisung für die im Rahmen der Projektarbeit anfallenden Reisekosten erfolgt derzeit nicht. Die anfallenden Ausgaben werden aus den dezentralen Budgets der Dienststellen bestritten. Mit welchen Kosten für Besprechungs- und Planungsfahrten bis zum Abschluss des Projektes zu rechnen ist, kann mit Blick auf die Dimension der organisatorischen Neustrukturierung nicht seriös prognostiziert werden.

5. Wird die Menge an Arbeitszeit erfasst, die für die Mitarbeiter der Polizeidienststellen für derartige Besprechungen inklusive Anfahrt anfallen?

6. Falls ja: Auf wie viele Stunden summiert sich dies bisher landesweit und falls nein: Warum erfolgt keine Erfassung?

Zu 5. und 6.:

Eine Erfassung der projektbedingten Besprechungszeiten unter Berücksichtigung der dafür notwendigen Anfahrtszeiten findet nicht statt. Der überwiegende Teil der mit der Polizeireform befassten Bediensteten ist nebenamtlich und hierbei vielerorts nur temporär in die Projektarbeit eingebunden. Der Umfang der Einbindung wird sich im Projektverlauf immer wieder – je nach Aufgabenstellung und Projekterfordernis – verändern. Darüber hinaus werden reformbezogene Tätigkeiten im täglichen Dienstbetrieb häufig mit Aufgaben aus der allgemeinen Aufbauorganisation verbunden. Insofern ist eine klare Abgrenzung der reformbedingten Arbeitszeiteile für Besprechungen nicht möglich. Auf eine projektbezogene Arbeitszeiterfassung wurde aufgrund des unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes verzichtet.

Gall

Innenminister